Air Berlin

Gewerkschaft will mehr Mitsprache

Bei der Fluglinie kämpfen zwei Arbeitnehmervertretungen um Einfluss.

SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Die geplante Vermietung von rund drei Dutzend Air-Berlin-Jets an den Billigflieger Eurowings und eine weitere Tochter der Lufthansa könnte sich schwieriger gestalten als erwartet. Vertreter der Kabinengewerkschaft UFO pochen auf Mitspracherechte bei der Umsetzung und wollen notfalls sogar juristische Schritte ergreifen. Bei Deutschlands zweitgrößter Airline wird das Bordpersonal traditionell von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di organisiert, die in der Vergangenheit diverse Vereinbarungen abgeschlossen hat. Versuche der UFO, ebenfalls als Tarifpartner anerkannt zu werden, scheiterten bislang. Das soll sich nun ändern. In ihrer neuesten Mitteilung an alle UFO-Mitglieder unter den Air-Berlin-Flugbegleitern verspricht der UFO-Vorstand, Gespräche mit dem neuen Air-Berlin-Chef Thomas Winkelmann aufzunehmen, Arbeitsplatzgarantien auszuhandeln und einen „Zukunftsplan“ für die weitere Entwicklung des gemeinsamen Flugbetriebs zu erarbeiten. Sollte die Air-Berlin-Führung sich weigern, die UFO-Funktionäre anzuhören, will die Gewerkschaft sie per Gerichtsbeschluss zu Gesprächen oder Verhandlungen zwingen. did

Dieselgate

„Nicht der Hauch von Verständnis“

B. WEISSBROD / DPA

Hartmut Bäumer, 68, will gegen Audi klagen. Der erste grüne Fraktionschef im bayerischen Landtag und spätere Amtschef im Verkehrsministerium von Baden-Württemberg ist selbst Fahrer eines Diesel-A4.

SPIEGEL: Herr Bäumer, warum klagen Sie gegen Audi?
Bäumer: Ich fahre seit vielen Jahren einen Audi – und bin zufrieden. Allerdings habe ich mich schon immer mit dem Konzern gestritten, weil der tatsächliche Verbrauch noch nie mit den offiziellen Angaben übereinstimmte. Beim letzten Autokauf habe ich daher überlegt, mir einen Toyota Prius zu kaufen, bin aber Audi treu geblieben. Entsprechend entsetzt war ich, als sich herausstellte, dass der Konzern Dieselabgaswerte manipuliert und Millionen Kunden betrogen hat.
SPIEGEL: Jetzt wollen Sie Ihr Auto nicht mehr und Ihr Geld zurückhaben. VW und Audi dagegen bieten eine Umrüstung der betroffenen Autos an. Reicht Ihnen das nicht?
Bäumer: Nein, denn das Fahrzeug hat einen unbehebbaren rechtlichen Mangel, und Audi gibt keine Garantie für den Erhalt des Motors und der Verbrauchswerte. Das Problem ist, dass bisher kein Vorstand persönlich Verantwortung für das von ihm erzeugte Desaster übernimmt. Auf der Übereinstimmungsbescheinigung für meinen Wagen steht die Unterschrift von Rupert Stadler. Der Audi-Chef hat damit garantiert, dass der Wagen alle relevanten EU-Normen erfüllt. Wir wissen heute, dass das nie der Fall war. Da ist von Anfang an getäuscht und getrickst worden. Da ist nicht der Hauch von Verständnis zu spüren.
SPIEGEL: Dass die Dieselaffäre Arbeitsplätze gefährden könnte, stört Sie nicht?
Bäumer: Ich will keinen Mitarbeiter belasten, aber es geht mir um Verantwortung und Gerechtigkeit. Als langjähriger Gewerkschafter will ich mal umgekehrt fragen: Wo ist die Forderung von Betriebsrat oder IG Metall nach Wechsel in den Führungsetagen ihrer Häuser?
SPIEGEL: Ausgerechnet Sie als Grüner tragen nun mit Ihrer Musterklage gegen Audi dazu bei, dass amerikanische Verhältnisse in deutschen Gerichtssälen einziehen.
Bäumer: Ich sehe das Konzept von Sammelklagen nicht unkritisch. Der Zusammenschluss Tausender macht häufig Anwaltskanzleien reich und zwingt Beklagte zu großen Zugeständnissen. Aber so liegen die Dinge hier nicht. Statt auf die Kunden zuzugehen, zahlen sich die Manager in den Chefetagen weiterhin fleißig Boni aus. Und die Bundesrepublik wird von der EU verklagt, weil das Verkehrsministerium gegen die verbotenen Abschalteinrichtungen nichts unternommen hat. Gegen dieses Kartell des Schweigens helfen nur Macht und Masse der Zivilbevölkerung. mp